

**Rede von Irene Vogel im Gemeinderat am 22.6.2010 zur künftigen Belegung des städt. Anwesens „Wonnhalde 1 + 1 a“
Drucksache G-10/134**

Die Versorgung mit Mietwohnwohnungen für langjährig in Flüchtlingsheimen lebende Familien ist ein seit Jahren ungelöstes Problem und ein menschliches Dilemma. Es gibt Flüchtlingsfamilien die z.T. seit 10, 14 Jahren im Wohnheim leben mit 4,5 qm pro Person, Gemeinschaftsküche und Gemeinschaftsdusche. Ein längst unhaltbarer Zustand, vor allem für die Kinder, die unter diesen Bedingungen aufwachsen müssen.

Durch den systematischen Abbau von Wohnheimplätzen in den letzten Jahren führt der vergleichsweise geringe Zustrom von neuen Flüchtlingen nun zu schier menschenunwürdigen Lebensverhältnissen, die in einer wohlhabenden, offenen Stadt wie Freiburg nicht hinnehmbar sind.

Insbesondere für große Familien fehlen große Wohnungen auf dem Mietwohnungsmarkt. Die Unabhängigen Listen meinen jedoch, dass auch die Stadt bisher viel zu wenig getan hat, diese Versorgungsprobleme zu lösen. Denkbar ist für uns nämlich nicht nur, neue große Wohnungen zu bauen, wie sie jetzt endlich in der Haslacher Str. geplant sind, sondern auch die Möglichkeit 3-Zi-Wo im Bestand zu großen Wohnungen zusammenzulegen. Aber weder die Stadtbau geschweige denn das Amt für Liegenschaften haben in den vergangenen Jahren den Gemeinderatsbeschluss ernst genommen und das Amt für Wohnraumversorgung in seinen Anstrengungen angemessen unterstützt, um Wohnperspektiven für die Flüchtlingsfamilien zu schaffen.

Woran liegt's?

Fehlende Wohnungsgrößen sind das Eine. Aber ist nicht die im Allgemeinen recht geringe Akzeptanz von großen Flüchtlingsfamilien in den Nachbarschaften der Stadtteile ein noch viel wesentlicher Grund, warum sich in all den Jahren so wenig bewegt hat?

Will man keine Stadtteile getrennt nach Kulturen oder Nationalitäten, kommt es auch nicht in Frage eine große Anzahl

von Flüchtlingsfamilien in einem bestimmten Quartier unterzubringen. Jedoch stoßen selbst einzelne Großfamilien häufig in ihrer Umgebung erst mal auf Befürchtungen und Ablehnung. Diese lassen sich in der Regel nur durch eine intensive Wohnbegleitung und gute Quartiersarbeit zerstreuen. Sind wir also ernsthaft daran interessiert, dass eine Integration im gemischten Quartier und Wohnhaus gelingt, ist dies in der Regel eine wesentliche Voraussetzung. (siehe UL-Antrag)

Eine erfreuliche Ausnahme, ich will nicht sagen die einzige in Freiburg, aber eben auch nicht die Regel, bildet die Bewohner/innen-Gemeinschaft der Wonnhalde. Sie leben teilweise seit mehr als 10, 20 Jahren miteinander im Haus 1 a in direkter und guter Nachbarschaft zum Wohnheim mit ehemals wohnungslosen Männern in der Wonnhalde 1 und zu einem Caritas-Heim für geistig Behinderte. Haben Sie in all den Jahren jemals von Problemen oder Klagen gehört? Oder gibt es gar Konflikte im Haus selbst, seit eine Familie der Roma mit drei Kindern bereits in eine 53 qm große 2-ZW dort eingezogen ist?

Nein, nichts dergleichen. Denn wir haben es hier mit Leuten zu tun, die sowohl menschlich als auch politisch den Anspruch an sich und andere haben, Menschen aus fremden Kulturen oder mit Andersartigkeiten zu akzeptieren und ein friedliches und freundliches Zusammenleben zu fördern. Das sollten wir wertschätzen. Stattdessen wollen Sie einigen von ihnen kündigen.

Vielleicht sind die Wonnhalde-Mieter/innen nicht in jeder Hinsicht bequeme Mieter, aber durchaus verantwortungsbewusst in Bezug auf Nachbarschaften und das Haus selbst. Deshalb hat diese Hausgemeinschaft auch den Anspruch mitzureden, z.B. über die Belegung der Zimmer, das hat sie dem Liegenschaftsamt seit Jahren abgerungen. Warum das jetzt im Gemeinderat auf Unverständnis stößt, müssen Sie uns erklären. Bei der Stadtbau haben wir genau dieses Modell in einigen Hochhäusern eingeführt, um ein besseres Zusammenleben zu erreichen. Die Wonnhalde-Bewohner/innen reden auch über den schlechten Zustand des Hauses, daraus entstand die Überlegung eines Hausprojekts mit dem Mietshäusersyndikat. Damit wäre Haus und Grund möglichen Spekulationen entzogen, eine Sanierung würde in Angriff

genommen und die Wohnungen ein für allemal für Menschen mit Wohnberechtigungsschein gesichert.

Diese Hausgemeinschaft soll nun aufgelöst werden, mittels Kündigung eines Teils der bisherigen Mieter/innen und zwei weitere, größere Flüchtlingsfamilien sollen einziehen. Für eine gäbe es bereits jetzt schon Wohnraum dort und auch die grundsätzliche Akzeptanz der Bewohner/innen. Die Stadtverwaltung will uns mit der Gemeinderatsvorlage aber weiß machen, dass unbedingt zwei Zuzüge durchgesetzt und in der Konsequenz entsprechende Kündigungen ausgesprochen werden müssen.

- Kann dieses Vorhaben etwa die jahrelangen Versäumnisse in der Wohnversorgung von Flüchtlingen wieder gut machen? Wohl kaum.

- Wollen Sie ernsthaft behaupten, mit ihrem geplanten Vorgehen in der Wohnhalde ein integratives Wohnkonzept zu verfolgen, in dem sie einen Teil rausschmeißen, Zwangsbelegungen vornehmen und die Hälfte des Hauses an Flüchtlinge vermieten? Das glauben Sie ja selbst nicht.

- Kann so ein „nachhaltig unterstützter Eingliederungsprozess“ aussehen, kann er so gelingen? Auch das glauben Sie nicht wirklich.

- Würden Sie mit einer anderen Hausgemeinschaft eines städtischen oder Stadtbau-Hauses so umgehen? Nein, es sei denn Sie wollen diese Mieter loswerden.

- Was bezwecken Sie also damit, wenn Sie die einen Sozialmieter als die Ausputzer gegen die anderen benutzen?

Auch wenn Sie heute bekunden, keine Verkaufsabsichten zu haben, werden ihre Beschlüsse eine Lage schaffen, mit der das Haus mittelfristig nicht mehr bewohnbar sein und der Stadt das Geld fehlen wird, es zu sanieren. Die logische Konsequenz ist der Verkauf der Grundstücke. Auch wenn Sie den interfraktionellen Antrag befürworten, nicht zu verkaufen, können Sie die Öffentlichkeit nur überzeugen, wenn Sie, wie es der UL-Antrag fordert, auch **ja** zur Sanierung sagen und wenn Sie auf Kündigungen verzichten. Nur dann hat auch eine interkulturelle Hausgemeinschaft Wohnhalde die Chance ein integratives Wohnprojekt zu werden.